



LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Medizin von morgen Künstliche Intelligenz im Gesundheitswesen



AI





Foto: New Africa - stock.adobe.com

Künstliche Intelligenz und die Medizin von morgen

- S. 15 [Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales](#)
- S. 16 [Standpunkte](#)



Plenum

- S. 3 [Sorge um den Industriestandort](#)
Aktuelle Stunde mit Blick auf Thyssenkrupp
- S. 4 [Gegen Hass und Antisemitismus](#)
Zahl der Vorfälle deutlich gestiegen
- S. 5 [Belgien und die Rückkehr zur Atomenergie](#)
Debatte um Folgen für Nordrhein-Westfalen
- S. 6 [Gesetzgebung](#)
- S. 7 [Bedrohung durch Russland](#)
Mutmaßliche Agenten festgenommen

S. 8 [Meldungen](#)

Forum

- S. 12 [Bollwerk der Demokratie – Landesverfassung wird 75](#)
Nordrhein-Westfalen feiert Jubiläum
- S. 18 [Aus den Fraktionen](#)

Forum

- S. 20 [„Einer der treuesten Begleiter Israels“](#)
60 Jahre diplomatische Beziehungen
- S. 22 [Porträt: Jule Wenzel \(Grüne\)](#)
- S. 23 [Kurz notiert](#)



PLENUM

Sorge um den Industriestandort

4. Juni 2025 – Um den geplanten Abbau von 11.000 Stellen beim Stahlhersteller Thyssenkrupp, aber auch um die wirtschaftliche Lage vieler anderer Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ging es in einer Aktuellen Stunde. Der Aussprache lagen Anträge der Fraktionen von FDP und SPD zugrunde.

Das Beispiel Thyssenkrupp stehe für die „großen Schwierigkeiten vieler anderer vor allem auch industriell geprägter Unternehmen in Nordrhein-Westfalen“, schreibt die FDP-Fraktion ([18/14108](#)). Man müsse über die „Notwendigkeit einer Wirtschaftswende“ debattieren.

Die SPD-Fraktion ([18/14109](#)) rückt die Mitbestimmungsrechte bei Thyssenkrupp in den Fokus. Die Landesregierung solle erläutern, wie sie sich für die Zukunft der 11.000 betroffenen Beschäftigten einsetzen werde – insbesondere im Hinblick darauf, „dass auch 700 Millionen Landesmittel geflossen sind“.

„Extrem angespannt“

„Die wirtschaftliche Lage im Land bleibt weiterhin extrem angespannt“, sagte FDP-Fraktionschef [Henning Höne](#). Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung habe seine Wachstumsprognose jüngst von 0,3 auf 0,1 Prozent gesenkt. Der geplante Stellenabbau bei Thyssenkrupp stehe symbolhaft für die Krise der Industrie in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung schaffe „kein gutes Klima für die Wirtschaft“. Höne sprach von „Staatsversagen“ und „grüner Symbolpolitik zulasten industrieller Wertschöpfung“.

Thyssenkrupp sei ein „Fanal für die Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen“, sagte [Jochen Ott](#), Vorsitzender der SPD-Fraktion. Die SPD habe vor dieser Entwicklung gewarnt. Nun sonne sich die Landesregierung in Verantwortungslosigkeit. Bereits vor Jahren habe sie „alle Karten aus der Hand gegeben – und das mit voller Absicht“. Sie habe den Ernst der Lage gekannt, sei stets informiert gewesen: „Und deshalb wollten sie weder mitreden noch mitentscheiden.“ Die Landesregierung habe sich „ganz bewusst aus der Verantwortung gestohlen“.

Die SPD betreibe einen „hektischen Kampf“ um die Schlagzeile am nächsten Tag, entgegnete [Dr. Jan Heinisch](#) (CDU). Niemand gehe den „billigen Argumentationsketten“ jedoch auf den Leim.

Parolen nach dem Motto „Hau den López“ – in Anlehnung an Thyssenkrupp-Chef Miguel López – würden der Situation nicht gerecht. Probleme seien vielmehr auf internationale Wirtschaftszusammenhänge zurückzuführen. Dazu zählten Dumping-Preise aus China, die auf den Weltmarkt schwappten, sowie hohe Energiepreise.

Zwei Milliarden Euro habe Thyssenkrupp zuletzt von Bund und Land für den Umbau einer Produktionsanlage erhalten, kritisierte [Christian Loose](#) (AfD). Dies sei von Anhängern einer „Klimareligion“ entschieden worden. Dadurch werde aber lediglich Geld verbrannt, was zulasten von Steuerzahlern und „Malochern“ bei Thyssenkrupp gehe. Das Unternehmen leide darunter, dass die „Stahlproduktion in Deutschland kaum noch bezahlbar“ sei – unter anderem aufgrund hoher Energiepreise sowie CO₂-Abgaben.

Grünen-Fraktionschefin [Wibke Brems](#) forderte eine „klare Perspektive“ für die Beschäftigten bei Thyssenkrupp. Generation um Generation hätten sie das Land aufgebaut und so auch mit für Sicherheit gesorgt. „Diese Sicherheit schuldet Thyssenkrupp nun ihnen“, betonte Brems. Sie wies zugleich die Kritik an der Landesregierung zurück. Die SPD beispielsweise tue so, als sähe diese tatenlos zu. Dies sei „falsch und unehrlich“. Die Landesregierung könne und dürfe sich nicht in unternehmerische Entscheidungen einmischen.

Wirtschaftsministerin [Mona Neubaur](#) (Grüne) verwies auf den jüngsten Konjunkturbericht. Die gute Nachricht sei, dass die nordrhein-westfälische Wirtschaft langsam Tritt fasse. Die Ministerin betonte zugleich, dass die Krise der Industrie nicht neu sei. Ihr Anteil an der Konjunktur sinke seit 2018. Obwohl damals die Konjunktur insgesamt positiv verlaufen sei, sei nicht genug getan worden, die strukturellen Krisen zu bekämpfen. Auch fordere sie bereits seit zwei Jahren vom Bund eine Entlastung der Wirtschaft bei den Energiekosten.

zab, tob, wib

Gegen Hass und Antisemitismus

5. Juni 2025 – Die Zahl antisemitischer Vorfälle ist in Nordrhein-Westfalen gestiegen. Dies geht aus dem Jahresbericht 2024 der „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (RIAS) hervor. Der Landtag hat darüber auf Antrag der AfD-Fraktion in einer Aktuellen Stunde debattiert.

Dem Bericht zufolge seien im vergangenen Jahr 940 Vorfälle erfasst worden, heißt es im Antrag (18/14110). Dies sei eine Steigerung um 42 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023.

Sie wolle nicht über Antisemitismus sprechen, sondern „über den Judenhass, durch den wir gegenwärtig erleben, wie ein planmäßiger Versuch der systematischen Auslöschung jüdischen Lebens in Deutschland und in Europa ermöglicht werden soll“, sagte **Enxhi Seli-Zacharias** (AfD). Es paktierten „radikale Linksextremisten mit radikalen Islamisten, darunter Dutzende Moslems, die in Deutschland leben“. Der Hass werde „nicht bei den Juden haltmachen“, sagte Seli-Zacharias: „Niemand ist mehr sicher im Zentrum der westlichen Welt.“

Der Vortrag seiner Vorrednerin habe mit dem Thema der Aktuellen Stunde nichts zu tun gehabt, sagte **Dr. Günther Bergmann** (CDU). Er dankte der RIAS, die „auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze in unserem Land sehr effektiv tätig“ sei. „Solange Synagogen, jüdische Kindergärten, jüdische Schulen, jüdische Altenheime derart von der Polizei gesichert werden müssen, ist nichts normal in Deutschland“, sagte Bergmann. Dass dieses Thema von der AfD bespielt werde, sei jedoch „völlig unglaubwürdig“. Es diene nur als „Türöffner für erneut pauschales Ausländer-Bashing“.

„Handeln im Schulterschluss“

Die antragstellende Fraktion instrumentalisiere den „Kampf gegen Antisemitismus, um politische Hetze zu betreiben“, kritisierte **Elisabeth Müller-Witt** (SPD). Dieses Vorgehen erfordere „Handeln im Schulterschluss aller demokratischen Fraktionen“ – und Widerstand. Der dramatische Anstieg antisemitischer Vorfälle zeige, dass sich das „Geschwür des Antisemitismus“ in der Gesellschaft immer weiter ausbreite. „Wir sind aufgerufen, unsere



Gesellschaft immun zu machen gegen Antisemitismus – egal aus welcher Richtung er kommt.“

Antisemitismus sei eine wachsende Bedrohung in Deutschland – „mitten in unserer Gesellschaft“, sagte **Julia Eisentraut** (Grüne). Die AfD tue so, als wolle sie jüdisches Leben schützen. „In Wahrheit nutzen Sie das Thema, um Hochschulen zu diskreditieren und politische Kontrolle über die Wissenschaft zu erlangen.“ Hochschulen würden unter Generalverdacht gestellt. Die AfD wolle vorbereiten, was US-Präsident Donald Trump mit Maßnahmen gegen Hochschulen bereits vollzogen habe. „Das ist autoritäre Agenda, getarnt als Sorge um jüdisches Leben.“

Dirk Wedel (FDP) sagte, die Zahlen zeigten einen „alarmierenden Zuwachs an realem Hass, der sich gezielt gegen jüdisches Leben in unserem Land richtet“. Antisemitismus sei keine Meinung, sondern ein Angriff auf die Grundwerte der Demokratie. Notwendig sei entschlossenes Handeln, unter anderem durch Stärkung der politischen Bildung, Schutz jüdischen Lebens und einer konsequenten Verfolgung antisemitischer Straftaten. Der AfD-Antrag sei nicht glaubwürdig, weil er Antisemitismus nur selektiv thematisiere.

Integrationsministerin **Josefine Paul** (Grüne) betonte, der Anstieg sei eine klare Herausforderung für die Gesellschaft. Sie habe die Verantwortung, dass Jüdinnen und Juden sich in NRW sicher fühlen könnten. „Wir alle sind gefordert, solidarisch an der Seite jüdischer Menschen in unserem Land zu stehen.“ Es gehe darum, jeder Form von Antisemitismus entgegenzutreten. Die Landespolitik habe nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel einen Zehn-Punkte-Plan gegen Antisemitismus beschlossen. Damit mache sie deutlich, dass sie jüdisches Leben schützen und jüdische Kultur stärken wolle.

zab, tob, wib



Fotos: Schälte

Enxhi Seli-Zacharias (AfD) Dr. Günther Bergmann (CDU) Elisabeth Müller-Witt (SPD)

Belgien und die Rückkehr zur Atomenergie

22. Mai 2025 – Welche Folgen hat Belgiens geplante Rückkehr zur Atomenergie für Nordrhein-Westfalen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer von der FDP-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde.

Die Fraktion verweist in ihrem Antrag (18/13884) auf den Beschluss des belgischen Parlaments vom 15. Mai 2025, den Atomausstieg des Landes rückgängig zu machen. Neben dem geplanten Neubau von Atomkraftwerken solle auch die Laufzeit vier bestehender Reaktoren um zehn Jahre bis 2035 verlängert werden. Die Entscheidung habe „grenzüberschreitende Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen“, schreibt die Fraktion. Das Kraftwerk Tihange liege nur etwa 60 Kilometer von Aachen entfernt. Besorgniserregend sei, „dass die nun weiterbetriebenen belgischen Reaktoren größtenteils aus den 1970er- und 1980er-Jahren stammen und immer wieder durch Störfälle, kritische Mängel und gravierende Schäden auffallen“.

Dr. Werner Pfeil (FDP) bezeichnete die Stilllegung von „Uralt-Atommeilern“ in Belgien, die in den 1980er-Jahren gebaut worden seien, als „eigentlich längst überfällig“. Die meisten Atomkraftwerke in Europa seien mit einer Betriebsdauer von nur 30 bis 40 Jahren ausgelegt. Pfeil forderte die Landesregierung auf, Gespräche mit Belgien aufzunehmen, klar Stellung zu beziehen, Beteiligung einzufordern und konkrete Schutzmaßnahmen für NRW vorzulegen. „Die Entscheidung aus Brüssel braucht eine klare Antwort aus Düsseldorf.“

Die FDP habe sich bisher sehr für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken in Deutschland eingesetzt, stellte **Dr. Christian Untrieser** (CDU) fest. Noch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl habe die Partei eine Verlängerung der Laufzeiten von deutschen Reaktoren gefordert, die in den 1970er- und 1980er-Jahren erbaut worden seien. Die Landesregierung habe dagegen stets Bedenken zu belgischen Atomreaktoren geäußert. Sie befände sich im engen Austausch mit der belgischen Regierung, etwa in der Deutsch-Belgischen Nuklearkommission.

Alexander Vogt (SPD) wies auf die Sorgen der Menschen in der Grenzregion hin. Tihange liege näher an Aachen als Köln. „Ich kann diese Ängste nachvollziehen“, sagte er. Die Reaktorkatastrophen in Harrisburg, Fukushima und Tschernobyl hätten gezeigt,

„dass diese Technik eben nicht sicher ist“. Atomenergie sei ein „gefährlicher Irrweg“. Vogt kritisierte den Landesumweltminister: „Wo ist eigentlich der kämpferische Krischer geblieben, der über Jahre gegen die belgische Atomkraft gekämpft hat?“

Die Entscheidung des belgischen Parlaments, den Atomausstieg teilweise zurückzunehmen, falle „wie ein dunkler Schatten auf eine ohnehin fragile weltpolitische Lage“, sagte **Norika Creuzmann** (Grüne). Sie erinnerte an den Reaktor „Tihange 2“, der als „Bröckelreaktor“ bekannt gewesen sei. Dass nun der benachbarte „Block 3“ trotz ähnlichen Alters und bekannter Mängel weiterbetrieben werden solle, sei „mehr als bedenklich“ und „ein gefährlicher Rückschritt“. Die Grünen lehnten die Laufzeitverlängerung ab.

„Schlag ins Kontor“

Christian Loose (AfD) warf den Gegnern der Atomkraft Panikmache vor. So sei das Kraftwerk in Tschernobyl technisch nicht mit westlichen Atomkraftwerken vergleichbar. Der Unfall von Fukushima sei durch einen Tsunami ausgelöst worden. Mit diesen beiden Unfällen werde Angst geschürt gegen die Nutzung der Technologie. Die Energiewende in Deutschland führe dagegen in eine Sackgasse. Daher müsse dem Beispiel Belgiens gefolgt werden, um Deutschlands Industrie mit „günstiger und zuverlässiger“ Atomenergie zu versorgen.

Umweltminister **Oliver Krischer** (Grüne) nannte die belgische Entscheidung zum Weiterbetrieb von vier Atomkraftblöcken einen „Schlag ins Kontor“. Die Anlage Tihange 1 sei seit 50 Jahren in Betrieb und allein aufgrund ihres Alters ein Risiko. Krischer versicherte, dass die Landesregierung auch über die Bundesregierung die Sicherheitsinteressen des Landes geltend machen werde. So stehe vor dem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke eine Umweltverträglichkeitsprüfung an, an der Land und Bund beteiligt werden müssten.

tob, zab, wib

Das Atomkraftwerk Tihange liegt rund 60 Kilometer von Aachen entfernt. Foto: engel.ac - stock.adobe.com



Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksache | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen sowie zur Novellierung landesrechtlicher Vorschriften über den öffentlichen Gesundheitsdienst und den Arbeitsschutz | [18/10841](#) | Neudruck, [18/14072](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Juni 2025 | verabschiedet

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NW) | [18/14024](#) | FDP | 1. Lesung am 4. Juni 2025 | Überweisung an den Hauptausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung | [18/14016](#) | CDU, SPD, Grüne, FDP | 1. und 2. Lesung am 4. Juni 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Änderung nordrhein-westfälischer Ausführungsgesetze zum SGB VIII | [18/9770](#) (Neudruck) | Landesregierung | 2. Lesung am 4. Juni 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Modernisierung der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke der Notare sowie der Architekten und der Ingenieure | [18/14096](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 4. Juni 2025 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Viertes Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst | [18/14097](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 4. Juni 2025 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetzes NRW | [18/14098](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 4. Juni 2025 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des Kurortgesetzes | [18/14099](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 4. Juni 2025 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz) | [18/13675](#) | FDP | 1. Lesung

am 22. Mai 2025 | Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie

Gesetz zur anteiligen Entschuldung von Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (Altschuldenentlastungsgesetz Nordrhein-Westfalen) | [18/13835](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 22. Mai 2025 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales

Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher und weiterer Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [18/13836](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 22. Mai 2025 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales

Gesetz zur Sicherung von umfassenden Bildungsangeboten und zur Stärkung der Qualität von Schule (17. Schulrechtsänderungsgesetz) | [18/12001](#) | Landesregierung | 3. Lesung am 22. Mai 2025 | verabschiedet

Gesetz zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen – Laufbahnrecht | [18/12817](#), [18/13895](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 21. Mai 2025 | verabschiedet

Drittes Gesetz zur Änderung des Abschiebungsvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [18/13699](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 21. Mai 2025 | Überweisung an den Integrationsausschuss

Entwurf eines Gesetzes zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten zum Schutz der Beschäftigten öffentlicher Stellen vor gefährdenden Personen (Beschäftigtenschutzgesetz NRW) | [18/13700](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 21. Mai 2025 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung des Landeskinderschutzgesetzes | [18/10933](#) | Landesregierung | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

Gesetz über die Gewährung eines Anwärtersonderzuschlags für Laufbahnbewerberinnen und

Laufbahnbewerber des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Nordrhein-Westfalen | [18/12816](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83) | [18/12769](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes | [18/12768](#) | FDP | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes NRW Glücksspielstaatsvertrag | [18/12349](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung digitaler Bürgerbeteiligung | [18/12025](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Ausführungsgesetz zu § 47 Absatz 1b des Asylgesetzes | [18/12026](#) | FDP | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/9155](#) | SPD, FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung | [18/7762](#) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [18/5834](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung | [18/4278](#) | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Eine Übersicht zur aktuellen Gesetzgebung finden Sie unter: <https://lt.nrw/Gesetzgebung>



Aktuelle Stunde zur Bedrohung durch Russland

21. Mai 2025 – Nach der Festnahme dreier mutmaßlicher Agenten hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde über die Bedrohung durch Spionage und Sabotage debattiert. Die Männer, von denen einer in Köln lebte, sollen im Auftrag Russlands Paketbombenanschläge auf Gütertransporte geplant haben. Der Debatte lagen Anträge der Fraktionen von CDU und Grünen sowie der SPD zugrunde.



Fotos: Schälte

Neben der direkten Gefahr für Leib und Leben untergrabe Russland gezielt das Vertrauen in die Sicherheit und die staatliche Handlungsfähigkeit, heißt es im Antrag von CDU und Grünen ([18/13882](#)). Die SPD-Fraktion schreibt in ihrem Antrag ([18/13883](#)): „In jüngerer Zeit wurde ein zunehmend aggressives Agieren der russischen Nachrichtendienste beobachtet.“

Gregor Golland (CDU) warnte, Russland führe einen „hybriden und subtilen Krieg“ gegen die Unterstützer der Ukraine. Es gehe darum, Angst, Verunsicherung und Zweifel zu schüren, um die Entschlossenheit des Westens zu unterminieren. Golland betonte die Notwendigkeit für starke, kompetente und effiziente Sicherheitsbehörden und Nachrichtendienste. In diesem Zusammenhang verwies er auf die geplante Reform des Verfassungsschutzgesetzes. Sie gebe eine Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zeit.

Dr. Julia Höller (Grüne) sagte, die Grünen hätten früh vor russischer Einflussnahme und gezielter Spionage gewarnt und zugleich klare Haltung gezeigt, beispielsweise bei Menschenrechten. Diese Haltung sei notwendiger als jemals zuvor. Sie mahnte, die kritische Infrastruktur hänge an wenigen Knotenpunkten, deren Schutz in den Händen privater Unternehmen mit unter-

schiedlichen Sicherheitsniveaus liege. Höller forderte verbindliche Mindeststandards für Sicherheit, transparente Überprüfungs-möglichkeiten und die Möglichkeit für den Staat, die Regeln auch durchzusetzen.

Nordrhein-Westfalen sei das Ziel einer hybriden Kriegsführung, sagte auch **Christina Kampmann** (SPD). Das Land stehe mit seiner Bevölkerungsdichte, vielfältigen Infrastruktur und seinen Verkehrsknotenpunkten besonders im Fadenkreuz von Spionageakten. Ziel sei, das Land von innen heraus zu schwächen. Die Landesregierung verhalte sich dagegen auffallend still und versäume es, eine Strategie vorzulegen. Nötig sei ein „klares Zeichen der Stärke“. Die Spionageabwehr gehöre zur ureigenen Aufgabe der Länder.

Brennpunkt NRW

Nordrhein-Westfalen sei nicht mehr nur Beobachter, sondern auch ein Brennpunkt in der Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen, bemerkte **Marc Lürbke** (FDP). „Das Schlachtfeld ist längst nicht mehr virtuell.“ Es stellten sich drängende Fragen zu Drohnen, die mit hochentwickelten Sensoren ausgestattet seien und Orte in Nordrhein-Westfalen „mit feindlicher Absicht“ ansteuerten. Das

Land sei nicht ausreichend vorbereitet. „Lassen Sie uns handeln, bevor andere die großen Lücken unserer Sicherheit für sich nutzen.“

Niemand habe „in unserem Land zu spionieren, Anschläge, Sabotage oder andere uns feindlich gesonnene Aktionen zu planen oder gar auszuführen“, sagte **Markus Wagner** (AfD). „Wenn es stimmt, dass ein Ukrainer und zwei Komplizen gegen Geld des Kremls Gütertransporte angreifen wollten, dann gilt mein ausdrücklicher Dank unseren Sicherheitsbehörden dafür, das gestoppt zu haben“, so Wagner weiter. Er wünsche allen Menschen Frieden: „Dafür sollten wir alle arbeiten und nicht das nächste Feindbild aufbauen.“

Sein Vorredner habe das Problem verniedlicht und an der Verantwortung Russlands vorbeigeredet, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU): „Da waren Brand- und Sprengstoffanschläge geplant, Russland war der Auftraggeber. Das ist klar.“ Polizei und Verfassungsschutz aus Nordrhein-Westfalen hätten die Pläne entdeckt, enttarnt „und die Jungs festgenommen“. Russische Geheimdienste setzten auf Schnelligkeit, Professionalität sei zweitrangig geworden: „Da werden keine Doppel-Null-Agenten eingesetzt, sondern Hobby-Agenten.“ *wib, tob, zab*

Ford-Werke

21.5.2025 – Es brauche einen „klaren Fahrplan“ für die Zukunft der Ford-Werke in Köln, fordert die SPD-Fraktion. Im November 2024 habe der Konzern angekündigt, in Europa bis zum Jahr 2028 rund 4.000 Stellen zu streichen, davon 2.900 in Köln, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([18/13815](#)). Kürzlich sei es zum ersten Streik in der Geschichte des Ford-Standorts in der Domstadt gekommen. Die Landesregierung solle auf einen „Sozialtarifvertrag“ hinwirken und mit der Unternehmensleitung über einen konkreten Fahrplan zur Zukunft des Standorts verhandeln. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

gehapromo - stock.adobe.com



Kurorte und Reha-Einrichtungen

21.5.2025 – Die FDP-Fraktion fordert Unterstützung für Kurorte und Rehabilitationseinrichtungen. Um Insolvenzen von Reha-Kliniken zu verhindern, müsse der Bund aktiv werden, heißt es in einem Antrag ([18/13821](#)). „Die übergreifenden Rahmenverträge engen die Spielräume der Krankenkassen und Rehabilitationseinrichtungen in den Ländern ein“, so die Fraktion. Landesspezifische Besonderheiten würden nicht ausreichend berücksichtigt. Die Landesregierung solle sich für eine Länderöffnungsklausel einsetzen. Für Kurorte fordert die Fraktion zudem eine Ausweitung der sonntäglichen Ladenöffnungszeiten. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Parteilpolitische Neutralität

21.5.2025 – In einem Antrag ([18/13826](#)) kritisiert die AfD-Fraktion, dass zahlreiche Kinder- und Jugendorganisationen finanziell gefördert würden, obwohl sie sich gegen politische Parteien positionierten. Zwar dürften sich gemeinnützige Organisationen politisch betätigen, allerdings müssten „solche Aktivitäten parteipolitisch neutral bleiben“. Es sei unerlässlich, dass die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe auf die Wahrung parteipolitischer Neutralität verpflichtet würden. Bei Verstößen gegen dieses Gebot

seien Sanktionen bis hin zum Entzug der Fördermittel zu prüfen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.

Geschlechtergerechte Medizin

22.5.2025 – In Nordrhein-Westfalen soll die geschlechtergerechte Medizin vorangetrieben werden. Dies sieht ein Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen vor ([18/13817](#)), der nach der ersten Beratung im Plenum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen wurde. Hintergrund ist, dass Männer und Frauen unterschiedliche Bedürfnisse in der medizinischen Versorgung haben. „Anatomie, Genetik und Geschlechtshormone haben einen Einfluss darauf, welche Krankheiten vor allem Frauen oder Männer stärker treffen und wie die Geschlechter von verschiedenen Krankheiten betroffen sind“, heißt es im Antrag. Die Fraktionen fordern unter anderem die Einberufung einer Landesgesundheitskonferenz zu diesem Thema.

Altschulden

22.5.2025 – Der Landtag hat erstmals über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Altschuldenproblematik in den Kommunen beraten. Der Entwurf ([18/13835](#)) sieht vor, dass das Land bei besonders hoch verschuldeten Kommunen anteilig Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten übernimmt. Diese Kredite werden genutzt, um kurzfristig finanzielle Engpässe zu überbrücken. Laut Landesregierung belief sich die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten Ende 2023 auf rund 20,9 Milliarden Euro. Für die anteilige Entschuldung will das Land pro Jahr 250 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Sie soll auf der Grundlage festgelegter Kriterien erfolgen. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales überwiesen.

Kinder und Stadtentwicklung

22.5.2025 – Kinder sollen stärker an der Stadtentwicklung beteiligt werden. Dies fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag ([18/13811](#)). „Kinder und Jugendliche leben am längsten mit den Entscheidungen, die heute von anderen getroffen werden“, schreibt die Fraktion. Dennoch würden ihre Bedürfnisse nicht ausreichend wahrgenommen und berücksichtigt. Dies beginne schon bei Verkehrsführungen und Einmündungen. Das Sichtfeld von Kindern sei auf einer anderen Höhe als das von Erwachsenen. Die Landesregierung solle gemeinsam mit den Kommunen einen Leitfaden zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungsvorhaben erarbeiten. Die weitere Beratung erfolgt im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend).

Landesamt für Gesundheit

4.6.2025 – Der Landtag hat die Gründung eines neuen Landesamtes für Gesundheit und Arbeitsschutz Nordrhein-Westfalen beschlossen. In zweiter Lesung stimmten die Fraktionen von CDU und Grünen für den Gesetzentwurf der Landesregierung ([18/10841](#) Neudruck, [18/14072](#)). Die Fraktion der FDP stimmte dagegen, SPD und AfD enthielten sich. Ein Änderungsantrag von SPD und FDP ([18/14124](#)) wurde abgelehnt. In der neuen Behörde werden die Aufgaben des Landesinstituts für Arbeitsschutz sowie des Landesinstituts für Arbeitsschutz und Arbeitsgestaltung Nordrhein-Westfalen und aktuell bei den fünf Bezirksregierungen verortete Befugnisse gebündelt. Das Landesamt ist beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales angesiedelt. Hintergrund der Neustrukturierung ist laut Entwurf die Coronapandemie. Sie habe die besondere Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes deutlich gemacht und zugleich Handlungsbedarf aufgezeigt.

Investitionen

4.6.2025 – Die SPD-Fraktion hat einen Forderungskatalog zu Investitionen des Landes aus dem geplanten 500-Milliarden-Sondervermögen des Bundes vorgelegt. Die Fraktion spricht in ihrem Antrag ([18/14010](#)) von einem „massiven Investitionsstau“, insbesondere bei Schulen und Kitas, Krankenhäusern, der Verkehrsinfrastruktur und dem Klimaschutz. Der Anteil des Landes aus dem Investitionspaket müsse „schnell und unkompliziert“ an die Kommunen weitergeleitet werden. Dabei solle auf ein „aufwändiges Antrags- und Verwendungsnachweisverfahren“ verzichtet werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) verwiesen.

Autowaschanlagen

4.6.2025 – Autowaschanlagen sollen nach Willen der FDP künftig auch an Sonn- und bestimmten Feiertagen genutzt werden können. Die Fraktion legte dem Landtag einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Feiertagsgesetzes vor ([18/14024](#)). Sie argumentiert, dass Bürgerinnen und Bürgern oftmals unter der Woche die Zeit fehle, ihr Auto zu waschen. Prädestiniert für solche Tätigkeiten seien Sonn- und Feiertage, „die oftmals als Tage der Erholung und derjenigen Erledigungen genutzt werden, für die an normalen Werktagen die Zeit fehlt“. Der Gesetzentwurf wurde nach der ersten Lesung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen.

Sportstätten

4.6.2025 – Der Landtag hat auf Antrag der SPD-Fraktion über den Zustand der Sportstätten debattiert. Die SPD sieht einen „erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf“. Viele Ein-



richtungen seien veraltet und in einem maroden Zustand. Die Fraktion fordert daher von der Landesregierung, das Programm „Moderne Sportstätten“ wieder aufzunehmen und dieses wie in der Laufzeit 2020 bis 2022 mit 300 Millionen Euro zu finanzieren. Zudem müsse das Programm für Sportstätten in kommunaler Trägerschaft geöffnet werden. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD im Bund seien Mittel von mindestens 1 Milliarde Euro zur Unterstützung von Ländern, Kommunen und Vereinen für die Modernisierung und Sanierung von Sportstätten vereinbart worden. Es sei nun Aufgabe des Landes, diese Unterstützung „zu ergänzen und weiter zu verstärken“, heißt es im Antrag (18/14012) weiter. Dieser und ein Entschließungsantrag der AfD (18/14121) wurden zur weiteren Beratung an den Sportausschuss (federführend) überwiesen.

Ehrung



Foto: Schälte

4.6.2025 – Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat sechs Abgeordnete gewürdigt, die seit 25 Jahren Mitglieder des Parlaments sind. Angela Freimuth, Rainer Schmeltzer, Ralf Witzel, Dietmar Brockes, Klaus Kaiser und Christof Rasche sind jeweils am 2. Juni 2000 in den Landtag gewählt worden. Sie haben seitdem in unterschiedlichen Rollen und Ausschüssen sowie zum Teil als Vizepräsidenten des Parlaments gewirkt und die Politik im Landtag mitgestaltet. Landtagspräsident Kuper sagte: „Sie alle haben mit großem Einsatz, mit Verantwortungsbereitschaft, mit Leidenschaft und Überzeugung die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger vertreten. Sie haben die politische Kultur in unserem Land mitgeprägt. Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz hier im Herzen der Demokratie von Nordrhein-Westfalen.“

Nutztierhaltung

4.6.2025 – Künstliche Intelligenz (KI) im Stall: Die neue Technologie kann nach Auffassung der FDP-Fraktion die vom Strukturwandel betroffene Landwirtschaft entlasten. KI-Systeme ermöglichen beispielsweise eine automatisierte und kontinuierliche Erkennung von (Tier-)Verhalten, Gesundheitszuständen und

Umweltveränderungen in Echtzeit. Die FDP fordert daher von der Landesregierung (18/14020), die Landwirtschaft auf dem Weg in die moderne Technologie zu unterstützen. So sollten Test- und Demonstrationsbetriebe gefördert und notwendige rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden, damit digitale Tierüberwachungssysteme „als eigenständiger Bestandteil der betrieblichen Tierwohlstrategie anerkannt“ würden. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.

Leistungssport

4.6.2025 – Die AfD-Fraktion fordert die Einführung eines Tarifvertrags für Trainerinnen und Trainer, die öffentlich geförderte Stellen in Nordrhein-Westfalen besetzen. „Angesichts der hohen Anforderungen, der Arbeitsbelastungen und der steigenden Lebenshaltungskosten ist die Bezahlung für Leistungstrainer im Spitzensport oftmals nicht ausreichend“, heißt es im Antrag der Fraktion (18/10517). Laut Umfragen des Berufsverbands der Trainerinnen und Trainer im deutschen Sport (BVTDS) überschritten 80 Prozent der Leistungstrainerinnen und -trainer ihre wöchentlich vertraglich vereinbarte Arbeitszeit regelmäßig. In 69 Prozent der Fälle erfolge das ohne Gehalts- oder Freizeitausgleich. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Tech-Konzerne

5.6.2025 – Mit der Macht der großen Tech-Konzerne beschäftigt sich ein Antrag der SPD-Fraktion. Sie kritisiert darin (18/14011), dass die ursprüngliche Idee einer souveränen digitalen Öffentlichkeit zunehmend einer monopolisierten Plattformstruktur gewichen sei. Große Unternehmen kontrollierten nicht nur den Zugang zu digitalen Inhalten, sondern bestimmten auch, welche Informationen sichtbar seien und welche Geschäftsmodelle sich durchsetzen könnten. Unter dem Einfluss der neuen US-Regierung griffen Plattformen auch aktiv in politische Prozesse ein. Die Fraktion fordert unter anderem, Nordrhein-Westfalen als Innovationsstandort für digitale Souveränität zu stärken. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien (federführend) überwiesen.

Gewerbesteuer

5.6.2025 – In den nordrhein-westfälischen Kommunen sollen künftig besonders niedrige Gewerbesteuersätze unmöglich sein. Auf Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen (18/14026) forderte der Landtag die Landesregierung auf, sich beim Bund für eine Anhebung des Mindesthebesatzes von 200 auf 280 Prozent einzusetzen. Für den Antrag stimmten CDU, SPD und Grüne. FDP und AfD stimmten dagegen. Die Koalitionsfraktionen sprechen von „Gewerbesteuroasen“, in denen der Hebesatz mit unter 300 Prozent sehr deutlich unter dem Durchschnittssatz von rund 450 Prozent liege. In diesen Kommunen werde trotz des

niedrigen Hebesatzes ein besonders hohes Gewerbesteueraufkommen erzielt. Dieses „Gewerbesteuerdumping“ sei unsolidarisch gegenüber Nachbarkommunen und fördere reine Briefkasten-Firmensitze.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen



Foto: Schälte

5.6.2025 – Bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen gibt es große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Auf diese geschlechtsspezifischen Besonderheiten, die auch als Gender Health Gap bezeichnet werden, zielt ein Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen (18/14025) ab. Von Herzinfarkten beispielsweise seien zwar mehr Männer betroffen. Bei Frauen sei aber die Wahrscheinlichkeit, an einem Infarkt zu sterben, mehr als doppelt so hoch, da sich ihre Symptome von denen der Männer teils stark unterscheiden. Die Fraktionen fordern unter anderem, dass bei Forschungsvorhaben künftig Geschlechterunterschiede berücksichtigt werden. Auch sollten Bevölkerung und die Akteure im Gesundheitswesen für geschlechterspezifische Risikofaktoren

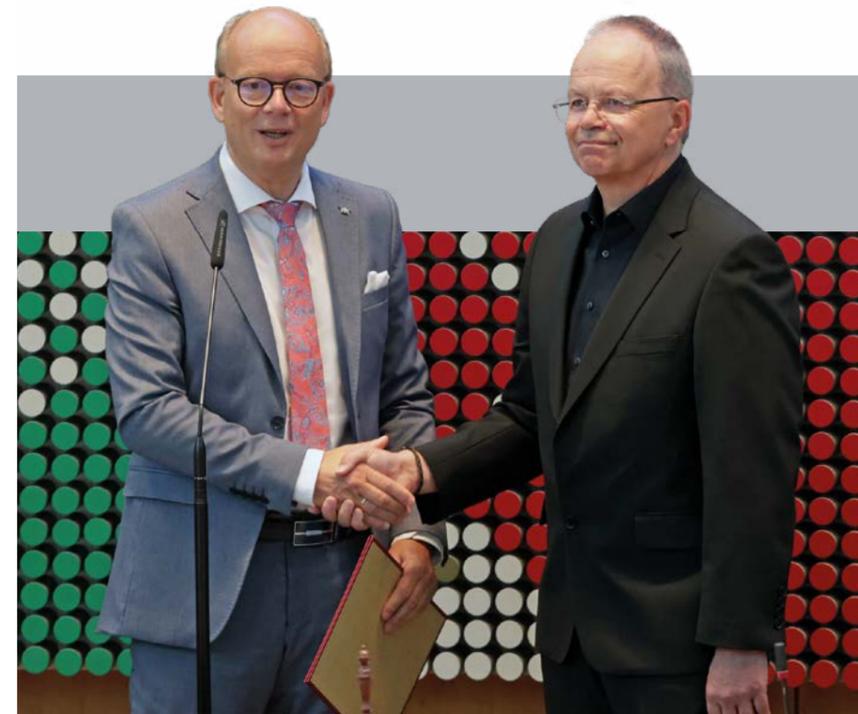
sensibilisiert werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen angenommen. Die AfD stimmte dagegen, SPD und FDP enthielten sich.

Veteranentag

5.6.2025 – Die FDP-Fraktion würdigt in einem Antrag (18/14023) das Engagement der Bundeswehr. Seit ihrer Gründung hätten mehr als zehn Millionen Frauen und Männer in den Streitkräften gedient: „Als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform setzen sich unsere Soldatinnen und Soldaten alltäglich in ihrem herausfordernden Dienst für Freiheit, Frieden und die Wahrung der Menschenrechte ein.“ Man begrüße den Beschluss des Bundestags, einen jährlichen nationalen Veteranentag am 15. Juni einzuführen. Nordrhein-Westfalen solle dies unterstützen. Zugleich solle sich die Landesregierung für die seelische Gesundheit von Veteraninnen und Veteranen einsetzen. Die weitere Beratung des Antrags erfolgt im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend).

Schwerlasttransporte

5.6.2025 – Eine Weiterentwicklung und Modernisierung des bei der Genehmigung von Schwerlasttransporten eingesetzten „Verkehrsmanagement- und Genehmigungssystems“ fordert die AfD-Fraktion. Das System sei vor 20 Jahren eingeführt worden. Ihm fehlten „aber offenbar essenzielle Daten, die für eine verlässliche Routenplanung notwendig sind“, heißt es in einem Antrag der Fraktion (18/14032). Baustellen und Brückenschäden würden „nicht systematisch erfasst und digital bei Nutzeranfragen bereitgestellt“. Es bestehe so die Gefahr, „dass Transporte über ungeeignete Routen genehmigt werden, was die marode Infrastruktur im Land und die Verkehrssicherheit weiter gefährdet“. Der Antrag wurde an den Verkehrsausschuss (federführend) überwiesen.



VERPFLICHTUNG

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 21. Mai 2025 Frank Sundermann als neuen Abgeordneten verpflichtet. Der 59-jährige SPD-Politiker war für Serdar Yüksel (SPD) nachgerückt, der in den Bundestag gewechselt war. Sundermann hatte dem Landesparlament bereits von 2010 bis 2022 angehört. Foto: Schälte

Bollwerk der Demokratie – Landesverfassung wird 75

6. Juni 2025 – Nordrhein-Westfalen feiert in diesem Jahr ein ganz besonderes Jubiläum: Vor 75 Jahren, am 6. Juni 1950, verabschiedete der Landtag die Landesverfassung. Bis heute ist sie die Beschützerin von Demokratie, Frieden und Freiheit im Land.

Die Verabschiedung der Landesverfassung war ein Meilenstein für den demokratischen Wiederaufbau des Landes nach Ende des Zweiten Weltkriegs, nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur und Holocaust. Vier Jahre zuvor, im August 1946, hatte die britische Besatzungsmacht das Bundesland Nordrhein-Westfalen gegründet. Auf ihr Betreiben konstituierte sich im Oktober 1946 der zunächst noch ernannte erste Landtag. Im April 1947 folgte dann die erste freie Landtagswahl.

Schon zuvor hatte im Land die Debatte um eine Landesverfassung begonnen – also um die wichtigsten Regeln für das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger an Rhein, Ruhr und Lippe. Doch die Debatte wurde unterbrochen, weil im September 1948 zunächst die Beratungen über eine Verfassung für ganz Deutschland, das Grundgesetz, begannen. Die Bundesrepublik Deutschland existierte zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht. Sie wurde mit Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 gegründet.

Aber warum dann noch die Landesverfassung für Nordrhein-Westfalen?

Im Grundgesetz wurde festgelegt, dass Deutschland ein Bundesstaat ist. Nordrhein-Westfalen wurde damit, wie alle anderen Bundesländer, zu einem Gliedstaat der Bundesrepublik mit eigenen Kompetenzen bei Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung.

Bürgernahe Politik

Der Föderalismus war eine Konsequenz aus der Nazi-Diktatur. Mit ihm wurde ein weiteres politisches Prinzip zur Teilung von Macht und zur Stabilisierung der Demokratie etabliert. Er garantiert zudem eine bürgernahe Politik, da viele Entscheidungen nah bei den Menschen getroffen werden.

Wie das Grundgesetz regelt auch die nordrhein-westfälische Landesverfassung das demokratische Prinzip, dass die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, das den Landtag wählt. Die Abgeordneten beschließen im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger die Regeln für das Zusammenleben – die Landesgesetze.

Foto: Schälte

Informationen

Sie wollen mehr über die Landesverfassung erfahren oder suchen nach Material beispielsweise für den Unterricht? Mehr Informationen und Publikationen zur Verfassung, auch in Leichter Sprache, finden Sie im Internetauftritt des Landtags unter: <http://lt.nrw/Verfassungsjubilaem>



Das Bild zeigt die Abstimmung am Ende der zweiten Lesung der Landesverfassung. Vorne links sieht man den ersten Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. Der CDU-Politiker war bis Juni 1950 auch Mitglied des Landtags.
Foto: LAV NRW R, RWB_01873_002 Fotograf: Pressebilderdienst C. A. Stachelscheid

Die Landesverfassung stellt auch sicher, dass die Macht nicht in einer Hand liegt, sondern fair verteilt ist: Das Parlament beschließt die Gesetze, die Regierung führt sie aus und die Gerichte passen auf, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Das nennt man Gewaltenteilung.

Die Verfassung kann geändert werden, aber dafür gibt es hohe Hürden. Es müssen mindestens zwei Drittel des Landtags einer Änderung zustimmen. Das war zum Beispiel 2002 der Fall. In diesem Jahr wurden die Kinderrechte in die Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen aufgenommen.

So feiert Nordrhein-Westfalen das Verfassungsjubiläum

Landtag, Landesregierung und Verfassungsgerichtshof werden das Jubiläum am Freitag, 4. Juli 2025, mit einer gemeinsamen Festveranstaltung im Plenarsaal des Landesparlaments begehen. Es sprechen der Präsident des Landtags, André Kuper, Ministerpräsident Hendrik Wüst und die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, Prof. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb.

Für den darauffolgenden Samstag, 5. Juli 2025, lädt Präsident André Kuper alle Bürgerinnen und Bürger in den Landtag ein: Von 10 bis 18 Uhr öffnet das Parlament seine Türen. Interessierte erhalten Informationen über die Funktionen des Landtags und die Arbeit der Abgeordneten, über den Petitionsausschuss und den Landtag als Arbeitgeber. Das Gebäude kann auch über digitale Smartphone-Touren erkundet werden. Der Besuch ist ohne Voranmeldung möglich.

Bereits seit 3. Juni 2025 ist im Landtag eine Ausstellung des „Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalen“ anlässlich des Jubiläums zu sehen. Im Mittelpunkt stehen fünf bedeutende Änderungen der Verfassung, die seit 1950 vom Parlament beschlossen wurden. Die Ausstellung ist im September und Oktober 2025 auch in der Vertretung des Landes beim Bund in Berlin zu sehen sowie im November und Dezember im Landeshaus des LWL in Münster.

Interessierte können sich die Ausstellung ohne Voranmeldung am 5. Juli 2025, dem Tag der offenen Tür, zwischen 10 und 18 Uhr, anschauen. Bis 11. Juli 2025 ist zudem die Teilnahme an Führungen möglich. Voraussetzung: eine vorherige Anmeldung beim „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalen“.



DER LANDTAG ALS ARBEITGEBER



Leserinnen und Leser von Landtag Intern sind landespolitisch stets gut informiert. Was viele vielleicht nicht wissen: Der Landtag ist auch ein attraktiver und interessanter Arbeitgeber.

Die Landtagsverwaltung mit ihren mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt die Fraktionen und die Abgeordneten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Die Aufgaben sind vielfältig und abwechslungsreich. Die Verwaltung bereitet Sitzungen des Landtags vor, kümmert sich um das IT-Management und die Instandhaltung des Gebäudes, die Dokumentation aller Parlamentspapiere, sie verfügt über eine eigene Personalabteilung, eine Vergabestelle und vieles mehr.

Wir suchen unter anderem

- **Juristinnen und Juristen**
- **Verwaltungsfachleute**
- **Expertinnen und Experten für das IT-Management**
- **Handwerkerinnen und Handwerker**
- **Technikerinnen und Techniker**
- **Ingenieurinnen und Ingenieure**
- **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Büromanagement**

Wir suchen Sie!



Sie suchen eine herausfordernde Tätigkeit und wollen an der demokratischen Gestaltung unseres Bundeslandes mitwirken? Dann werden Sie Teil unseres Teams. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Ihr André Kuper
Präsident des Landtags

Alle aktuellen Stellenausschreibungen finden Sie im Internetauftritt des Landtags:
<https://lt.nrw/Stellenangebote>

Haben Sie Fragen?

Oder möchten Sie Ihre Bewerbung an den Landtag schicken:
personalmanagement@landtag.nrw.de

SCHWERPUNKT

Künstliche Intelligenz und die Medizin von morgen

29. April 2025 – Wie wird der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) die Medizin verändern? Um diese Frage ging es in einer Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Anlass war ein Antrag von CDU und Grünen.

Künstliche Intelligenz bietet eine Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten in der Medizin, heißt es im Antrag der Fraktionen (18/12032) – von der Unterstützung bei Diagnostik und Therapieentscheidungen über die Medikamentenentwicklung bis hin zur Optimierung klinischer Prozesse. Dabei dürfe ihr Einsatz kein Selbstzweck sein: „KI sollte nur dort eingesetzt werden, wo ein echter Mehrwert für Beschäftigte und Patientinnen und Patienten entsteht.“ Die Landesregierung solle unter anderem ein interdisziplinäres Gutachten zur Entwicklung einer „KI-Strategie im Gesundheitswesen“ für NRW in Auftrag geben. Zudem solle sie ein Expertenforum mit Kammern, Krankenkassen, Gesundheitswirtschaft, Verbänden, Patientenvertretungen und anderen ins Leben rufen.

Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen begrüßte in ihrer schriftlichen Stellungnahme die Initiative, eine KI-Strategie für das Bundesland zu entwickeln. Mit Blick auf die positiven bewertenden Aspekte wie Verbesserungen in Diagnose, Therapie und Verwaltung sei es jedoch wichtig, dass KI-Anwendungen eine unterstützende Rolle behalten. Sie dürften nicht den fachlichen und menschlichen Blick auf Patientinnen und Patienten ersetzen. Entsprechend müsse die Therapiehoheit von Ärztinnen und Ärzten sowie Pflegefachkräften immer sichergestellt sein.

Tendenz zur Monopolisierung

Zwar bietet der Einsatz von KI im Gesundheitswesen großes Potenzial, die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern, betonte auch die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe. Gleichzeitig bringe die Nutzung jedoch erhebliche Herausforderungen mit sich: Der Markt der KI-Werkzeuge und die Integration von Modellen in bestehende Systeme zeigten eine Tendenz zur Monopolisierung. Auch funktionierten IT-Lösungen häufig nicht in verschiedenen Systemen, und wesentliche Anforderungen an KI-Tools seien bisher nicht definiert. Kurz: Es gebe keinen rechtlichen und faktischen Ordnungsrahmen für den Einsatz von KI in der Gesundheitsversorgung.

Dr. Markus Müschenich, Kinderarzt und Unternehmer im Medizinsektor, stimmte dem zugrundeliegenden Antrag zu. Er sah jedoch die Gefahr, die Kraft der Veränderung zu unterschätzen. Zwar seien vorsichtige Einschätzungen grundsätzlich zu begrüßen und Experimente zulasten von Patientinnen und Patienten zu vermeiden. Allerdings berge zu große Zurückhaltung die Gefahr, das tatsächliche Potenzial nicht ausreichend und mutig auszuschöpfen. Könne durch KI ein Menschenleben gerettet werden, sei jede aktiv in Kauf genommene Verzögerung des Einsatzes von KI vergleichbar mit unterlassener Hilfeleistung.

Das vorrangige Ziel der Medizin müsse es sein, das Personal durch KI-Anwendungen zu entlasten und die Versorgung von Patientinnen und Patienten effizienter zu gestalten, hob das Universitätsklinikum Essen in seiner Stellungnahme hervor. Allerdings werde der Einsatz von KI das Rollenverständnis der medizinischen Fachkräfte verändern. Für eine gelingende Integration der neuen Technologien sei es daher unabdingbar, unter anderem die sich ändernden Qualifikationsanforderungen an das Personal zu beachten. Angemerkt wird darüber hinaus, dass in Deutschland umfangreiche medizinische Datensätze vorhanden seien. Diese könnten für die Entwicklungen von KI-Anwendungen genutzt werden.

Das vorrangige Ziel der Medizin müsse es sein, das Personal durch KI-Anwendungen zu entlasten und die Versorgung von Patientinnen und Patienten effizienter zu gestalten, hob das Universitätsklinikum Essen in seiner Stellungnahme hervor. Allerdings werde der Einsatz von KI das Rollenverständnis der medizinischen Fachkräfte verändern. Für eine gelingende Integration der neuen Technologien sei es daher unabdingbar, unter anderem die sich ändernden Qualifikationsanforderungen an das Personal zu beachten. Angemerkt wird darüber hinaus, dass in Deutschland umfangreiche medizinische Datensätze vorhanden seien. Diese könnten für die Entwicklungen von KI-Anwendungen genutzt werden.

Foto: New Africa - stock.adobe.com

nutzt werden. Allerdings seien sie häufig nicht zugänglich oder aufgrund fehlender Datenstandards nicht nutzbar. Es sei daher notwendig, international anerkannte Datenstandards und die daraus folgende Kompatibilität durchzusetzen.

Dieter Padberg, IT-Direktor des Universitätsklinikums Bonn, merkte an, dass der Antrag nicht ausreichend auf die konkreten Schwierigkeiten bei der Datenbeschaffung und -integration aus verschiedenen Kliniksystemen eingehe. Eine entsprechende umfassende Datenstrategie sei unabdingbar. Weiterhin stelle der im Antrag nicht berücksichtigte Pflegebereich mit seiner großen Mitarbeiterschaft und der Patientennähe eine wesentliche Chance dar: In der Pflege könne KI menschlich und patientenorientiert eingesetzt werden und so dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Außerdem warnte Padberg vor der Verlangsamung von Innovationsprozessen durch zu starke Regulierung. Schlanke Genehmigungsverfahren seien entscheidend, um praxistaugliche Innovationen zu erproben und in die Anwendung zu bringen.

Rolle der Beschäftigten

Die Gewerkschaft ver.di stellte die Rolle der Beschäftigten in den Mittelpunkt: KI sei nur Mittel zum Zweck, KI-Anwendungen sollten der Verbesserung von Arbeits- und Lebensqualität dienen. Es sei daher von großer Bedeutung, dass die Gestaltung guter Arbeit und die Wahrung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten insbesondere für die Beschäftigten von Beginn an mitgedacht würden. Beschäftigte, Interessenvertretungen, Gewerkschaften sowie Bürgerinnen und Bürger seien bei der Einführung von KI in der Medizin einzubeziehen. Nur so sei sicherzustellen, dass die Vorteile allen zugutekommen und die Gesundheitsversorgung nachhaltig verbessert werde.

rüc

Eine Übersicht über alle eingegangenen Stellungnahmen finden Sie [hier](#):



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen



Marco Schmitz
(CDU)



KI im Gesundheitswesen ...

... entfaltet sein volles Potenzial, wenn digitale Infrastruktur, ethische Leitplanken und Förderung zusammenkommen: Von präziser Diagnostik über personalisierte Therapien bis zu effizienteren Abläufen profitiert das Gesundheitsland NRW. Zugleich fördern wir Forschung und Fortbildung, damit Innovationen beim Patienten greifen.



Thorsten Klute
(SPD)



... muss das Ziel haben, Gesundheitspersonal zu entlasten und die Behandlung von Patientinnen und Patienten zu verbessern. Dabei soll sie Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte entlasten, anstatt sie zu ersetzen. Entscheidungen über medizinische Behandlungen müssen immer in der Hand von Menschen liegen.



Meral Thoms
(Grüne)



... bietet enorme Chancen, birgt aber auch Herausforderungen. Damit sie zum Wohl aller eingesetzt wird, brauchen wir klare Leitplanken. Die schwarz-grüne Landesregierung wird deshalb ein Gutachten zu Potenzialen und Herausforderungen als Basis für eine KI-Strategie für das Gesundheitswesen in NRW in Auftrag geben und ein interdisziplinäres Expertenforum einrichten.



Susanne Schneider
(FDP)



... bietet große Chancen für höhere Effizienz und kostengünstigere Behandlungen. Dazu müssen gesetzliche Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Innovationsprozesse nicht eingeschränkt oder verlangsamt werden. NRW eignet sich zudem sehr gut für den Aufbau einer Start-up-Landschaft in den Bereichen KI und HealthTech. Dazu braucht man verbindliche Partnerschaften zwischen Start-ups und Unikliniken.



Dr. Martin Vincenz
(AfD)



... darf kein Türöffner für blinde Technikeuphorie oder zentralistische Steuerung werden. Sie muss dem Patientenwohl dienen, nicht Konzernen oder Ideologien. Eine kritische Prüfung von Nutzen, Risiken und ethischen Grenzen ist unerlässlich.

Daten ...

... sind das Lebenselixier moderner Medizin: Hochwertige und sichere Datensätze ermöglichen es KI, Diagnosen zu verfeinern, Therapien zu personalisieren und klinische Prozesse zu optimieren. Deshalb brauchen wir einheitliche Standards, Datentreuhandmodelle und volle Transparenz, damit Vertrauen wächst und NRW zum führenden Gesundheitsdatenraum wird. So fließt Erkenntnis in Praxis.

... können Behandlungsprozesse optimieren und sind für die Weiterentwicklung von Künstlicher Intelligenz zwingend notwendig. Je mehr Daten vorliegen, umso sicherer kann Medizin praktiziert werden. Dabei muss die Beschaffung von Daten immer Hand in Hand mit dem Recht auf den Schutz dieser Daten von Patientinnen und Patienten sowie von Beschäftigten gehen.

... im Gesundheitswesen sind besonders schützenswert. Die Voraussetzungen für den Einsatz von KI-Anwendungen müssen daher Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Diskriminierungsfreiheit und hohe Datenschutzstandards sein. Dafür braucht es verbindliche Leitlinien für die Erhebung und Verarbeitung dieser Daten – auch, um ihre Interoperabilität sicherzustellen.

... sind die unverzichtbare Grundlage, um KI-Anwendungen effizient nutzbar machen zu können. Derzeit liegen Daten aber nicht standardisiert vor. International anerkannte Datenstandards müssen flächendeckend etabliert werden. Gesundheitsdaten müssen sektorenübergreifend verknüpft werden. Überzogener Datenschutz darf nicht als Vorwand genutzt werden, um Transparenz und Innovation zu verhindern.

... sind kein Selbstzweck. Ihre Nutzung muss stets an den Grundrechten ausgerichtet sein. Die informationelle Selbstbestimmung der Bürger hat Vorrang vor jeder wirtschaftlichen oder forschungsorientierten Verwertungslogik.

Patientinnen und Patienten ...

... sollen vom ersten Symptom bis zur Nachsorge von KI profitieren: Frühere Diagnosen, passgenaue Therapien, barrierefreie Kommunikation und digitale Begleitung erhöhen Lebensqualität und Teilhabe. Voraussetzung sind die Einwilligung, transparente Algorithmen und die Möglichkeit, Daten souverän zu kontrollieren und ggf. zu löschen. Der Mensch muss die Hoheit behalten.

... verdienen die bestmögliche Behandlung. Dazu kann KI einen wichtigen Beitrag leisten. Sie kann Prozesse optimieren und Beschäftigte im Gesundheitswesen unterstützen und entlasten. Entscheidungen über medizinische Eingriffe und die Behandlung müssen dennoch in der Hand eines Arztes, einer Ärztin oder des Pflegepersonals liegen.

... können durch den Einsatz von KI-Anwendungen in mehrfacher Hinsicht profitieren, etwa durch verbesserte Diagnostik, personalisierte Therapien oder eine bessere Begleitung durch das komplexe Gesundheitswesen. So lassen sich Wartezeiten verkürzen, die Behandlungspläne effizienter gestalten und sowohl Patientinnen und Patienten als auch das System insgesamt entlasten.

... brauchen die beste Versorgung. KI-Anwendungen können dazu während des gesamten Behandlungsprozesses beitragen – von der Beantwortung der ersten Patientenfrage über Diagnoseverfahren bis hin zu Therapieempfehlungen. Früherkennung und maßgeschneiderte Behandlungspläne erhöhen die Erfolgchancen und verringern Nebenwirkungen. Insgesamt kann die Behandlung für Patientinnen und Patienten schonender sein.

... müssen darauf vertrauen können, dass ihre Daten sicher sind, dass ihr Arzt Entscheidungen trifft – nicht Algorithmen –, und dass der Mensch im Mittelpunkt bleibt. KI darf keine Bevormundung durch Systeme oder Verwaltung bedeuten.

KI im Gesundheitswesen

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Medizinische Fachkräfte ...

... gewinnen durch KI wertvolle Zeit für das, was kein Algorithmus kann: empathische Zuwendung, komplexe Entscheidungen und interprofessionelle Zusammenarbeit. Automatisierte Dokumentation, präzise Entscheidungshilfen und intelligente Ressourcenplanung entlasten sie spürbar. Entscheidend sind Weiterbildung, Mitbestimmung und eine menschenzentrierte Technikgestaltung.

... sind für die Gesundheitsversorgung in NRW unerlässlich. Sie leisten jeden Tag das Beste in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder anderen gesundheitsbezogenen Einrichtungen. KI kann sie entlasten und unterstützen, kann und soll das Fachpersonal jedoch nicht ersetzen. Menschen sind bei der Versorgung enorm wichtig, damit Pflegebedürftige sich wohlfühlen und Kranke genesen.

... sollten durch KI-Anwendungen spürbar entlastet werden. Sie brauchen dafür gezielte Aus- und Weiterbildungsangebote. Ein sinnvoller Einsatz von KI erfordert zudem interdisziplinäre Zusammenarbeit – schon in der Entwicklungsphase. Aufgaben und Prozesse im Berufsalltag werden sich durch KI deutlich verändern. Umso wichtiger ist ein sicherer und verantwortungsvoller Umgang mit dieser Schlüsseltechnologie.

... können durch KI-Anwendungen bei vielen Aufgaben entlastet werden – vor allem bei Dokumentation, Verwaltung und Kommunikation. So bleibt wieder mehr Zeit für die direkte Patientenversorgung. Dazu brauchen die medizinischen Einrichtungen aber auch eine ausreichend dimensionierte KI-Infrastruktur, die möglichst optimal geschützt wird. Wir fordern daher eine spezifische Förderung durch das Land.

... brauchen praktikable, freiwillige Lösungen statt digitaler Zwangsmaßnahmen. KI kann entlasten, wenn sie sinnvoll integriert wird – aber nicht auf Kosten von Eigenverantwortung, Erfahrung und persönlichem Arzt-Patienten-Kontakt.

AUS DEN FRAKTIONEN

Kirche trifft Politik: CDU-Fraktion im Austausch mit katholischer Kirche

Während in Rom das Konklave begann, traf sich die CDU-Landtagsfraktion mit Spitzenvertretern der katholischen Kirche in Nordrhein-Westfalen – ein symbolträchtiger Moment für ein inhaltlich starkes Gespräch.

Im Fokus standen zentrale Themen: die Zukunft kirchlicher Kitas, Schulen und Krankenhäuser, der konfessionelle Religionsunterricht, Fragen der Migration sowie der Umgang mit Missbrauch. Beide Seiten machten klar: Kirche und Politik tragen gemeinsame Verantwortung für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

„In einer sich wandelnden Gesellschaft braucht es Institutionen, die Orientierung geben, Vertrauen stiften und Verantwortung übernehmen – die Kirchen erfüllen dabei eine zentrale Rolle“, betonte CDU-Fraktionschef Thorsten Schick. Besonders in Bildung, Gesundheitsver-



Foto: Ralph Sondermann / CDU-Landtagsfraktion

sorgung und Kinderschutz setze man auf „verlässlichen Austausch und gemeinsame Lösungsansätze“.

Auch Erzbischof Udo Markus Bentz (Paderborn) unterstrich: „Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Span-

nungen braucht es das Gespräch. Wir stehen für Gerechtigkeit, Verantwortung und eine klare Haltung – nicht nur als Institution, sondern als Stimme des Gewissens.“

Ein besonderes Augenmerk galt den Herausforderungen kirchlicher Einrichtungen angesichts steigender Kosten und Fachkräftemangel. Die CDU verwies auf die Einbindung kirchlicher Träger in die neue Krankenhausplanung sowie auf Investitionen in frühkindliche Bildung.

Am Ende stand der klare Konsens: Miteinander reden statt übereinander – und das auf Augenhöhe.



Die Ahnengalerie der SPD-Fraktion im Landtag NRW: Ein politisches Erbe lebt weiter



Gemeinsam mit Ehrengast Franz Müntefering und dem Fraktionsvorsitzenden Jochen Ott enthüllt die frühere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft das Porträt von Friedhelm Farthmann.

Die Geschichte einer Landtagsfraktion besteht nicht nur aus Debatten und Entscheidungen, sondern auch aus den Persönlichkeiten, die durch ihre politische Arbeit in den vergangenen 75 Jahren unsere Heimat Nordrhein-Westfalen maßgeblich gestaltet haben. Einer von ihnen ist Friedhelm Farthmann. Der frühere Fraktionsvorsitzende und Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales war bereits im vergangenen Jahr verstorben. Nun haben wir mit seinem Porträt die Ahnengalerie in unserem Fraktionssaal ergänzt.

Zu seinen Ehren versammelten sich langjährige Weggefährten, alle noch le-

benden ehemaligen Vorsitzenden unserer Fraktion – von Manfred Dammeyer über Ministerpräsidentin a. D. Hannelore Kraft und Justizminister a. D. Thomas Kutschaty bis zu Norbert Römer – und der Ehrengast Franz Müntefering in unserem Fraktionssaal, um an Farthmanns Verdienste zu erinnern.

Bis zu den Sommerferien wird die Ahnengalerie unserer Fraktion komplettiert – und ist weit mehr als eine Sammlung von Portraits. Sie ist eine Hommage an die Menschen, die mit ihrem Engagement und ihrer Weitsicht als Fraktionsvorsitzende, Ministerpräsidentin und Ministerpräsidenten bis heute unsere Arbeit prägen.



Wir feiern 35 Jahre Grüne Politik im und aus dem Landtag NRW



In den Landtagssälen wurde geraucht, der Ministerpräsident hieß Johannes Rau und die Fotos waren oft noch schwarz-weiß: Am 13. Mai 1990 sind wir Grüne in NRW erstmals in den Landtag gewählt worden. Es war eine Punktlandung mit fünf Prozent. Zwölf Abgeord-

nete bildeten die erste Grüne NRW-Landtagsfraktion und machten den Landtag optisch und inhaltlich bunter – beim Einzug zum Beispiel mit überdimensionalen Windrädern. Auf den Tag 35 Jahre nach diesem bedeutenden Wahlabend haben wir mit den Grünen Fraktionsvorsitzenden, ihren Stellvertreter*innen, den Parlamentarischen Geschäftsführer*innen, Landtagsvizepräsident*innen sowie Minister*innen und Staatssekretär*innen der vergangenen 35 Jahre sowie der aktuellen Landtagsfraktion unseren besonderen Geburtstag gefeiert. Zurück im Landtag waren zu diesem Anlass unter anderem Bärbel Höhn, Michael Vesper, Sylvia Löhrmann und Reiner Priggen sowie die erste Grüne Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber. Gemeinsam mit den 39 aktuellen Abgeordneten wurde in Erinnerungen geschwelgt und auf Erfolge der letzten 35 Jahre zurückge-

blickt – von der Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler bis hin zum Kohleausstieg, vom Stärkungspakt Stadtfinanzen bis zum Einstieg in die Altschuldenlösung, auf die Abschaffung der Studiengebühren, die Einführung des Unabhängigen Polizeibeauftragten und vieles mehr. „Wir schreiben weiter an der Grünen Geschichte in NRW. Wir haben noch viel vor“, versprochen unsere heutigen Fraktionsvorsitzenden Wibke Brems und Verena Schäfer, die gemeinsam mit der ersten Grünen Fraktionsvorsitzenden Bärbel Höhn eine große Geburtstagstorte verteilten.



Neues Verfassungsschutzgesetz: Freie Demokraten mahnen Augenmaß an

„Ein Update für den Verfassungsschutz ist richtig und notwendig – aber nicht um jeden Preis“, betont FDP-Fraktionsvize Marc Lürbke in einer ersten kritischen Einordnung zum Entwurf der Landesregierung zur Neuordnung des Verfassungsschutzgesetzes. Die Freien Demokraten mahnen zur Sorgfalt bei der Abwägung zwischen Sicherheitsinteressen und Bürgerrechten.

Angesichts veränderter Bedrohungen durch hybride Risiken und digitale Radikalisierung brauche der Verfassungsschutz moderne Werkzeuge. Für FDP-Innenexperte Lürbke ist klar: „Nur rechtssichere, klar kontrollierte und verhältnismäßige Befugnisse sind ein echtes Sicherheits-Update.“ Der Entwurf enthalte zwar gute und richtige Ansätze, wie die Anpassung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts



Marc Lürbke (FDP)

Foto: James Zabel

und eine richterliche Vorabkontrolle bei sensiblen Maßnahmen. Maßnahmen wie automatisierte Datenauswertung, Quellen-TKÜ oder verdeckte Wohnraumüberwachung greifen jedoch tief in die Privatsphäre ein. „Hier kommt es buchstäblich auf jedes Wort im Gesetz an“, so Lürbke.

Die FDP-Fraktion kündigt daher eine intensive Prüfung und fundierte Expertenanhörung an. Lürbke: „Unsere rote Linie bleibt die Verfassung. Sicherheit braucht Rechtsstaatlichkeit – und keine Überreaktion auf digitale Herausforderungen.“



Pflegekräfte erhalten Millionen an Willkommensgeld – ob sie in der Pflege arbeiten, ist unbekannt

Mit einem Willkommensgeld in Höhe von 1.500 Euro versucht die Landesregierung, Pflegekräfte aus Nicht-EU-Staaten zu uns zu locken. Allein seit März 2024 wurden 1.256 Anträge bewilligt.

Was sind die Voraussetzungen? Um sich für das Willkommensgeld zu qualifizieren, muss die Pflegefachkraft eine Ausbildung in einem Pflegeberuf vorweisen. Weiterhin muss die Anerkennung dieser ausländischen Ausbildung innerhalb der letzten sechs Monate erfolgt sein. Die Fachkraft muss einen gültigen Aufenthaltstitel besitzen, und ihr Hauptwohnsitz muss zum Zeitpunkt der Antragsstellung in NRW liegen. Ein gültiges Arbeitsverhältnis ist für die Bewilligung allerdings nicht



Dr. Martin Vincenz (AfD)

nötig. Sicher wird aber im Nachgang des Anerkennungsverfahrens ein Arbeitsverhältnis im Bereich der Pflege aufgenommen? Das ist zu hoffen – wissen tun wir es nicht. Denn Zahlen darüber, wie viele der geförderten Fachkräfte nach Abschluss des Anerkennungsverfahrens überhaupt arbeiten gehen, geschweige denn in einem entsprechenden Beruf, werden von der Landesregierung nicht erhoben. Eine Evaluation ist schlicht nicht vorgesehen.

Und so kann niemand wissen, ob die 1,9 Millionen Euro Steuergeld, die die Landesregierung seit dem 01.03.25 verschenkt hat, sinnvoll eingesetzt waren – oder schlichtweg verpufft sind.

Sollte unser Fokus nicht viel mehr darauf liegen, die Pflege so attraktiv zu machen, dass unsere eigenen Bürger wieder in ihr arbeiten wollen?

Und was ist eigentlich mit der häuslichen Pflege durch Verwandte? In welchen Händen als denen der eigenen Familie könnte ein pflegebedürftiger Mensch besser aufgehoben sein?

Es steht außer Frage, dass die Landesregierung gegen den eklatanten Personal-mangel in der Pflege vorgehen muss. Hier müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden – aber bitte mit Erfolgskontrolle!



„Nordrhein-Westfalen – einer der treuesten Begleiter Israels“

14. Mai 2025 – Mit zwei Veranstaltungen hat der Landtag an die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel vor 60 Jahren erinnert. Während einer Feierstunde im Parlament sprach unter anderem Prof. Ron Prosor, der Botschafter des Staates Israel. Tags zuvor wurde in der Bürgerhalle eine Ausstellung zum Thema eröffnet (Artikel unten).

Bei der Feierstunde im Parlament erinnerten der Präsident des Landtags, André Kuper, der Ministerpräsident des Landes, Hendrik Wüst, und der Botschafter des Staates Israel, Prof. Ron Prosor, an den Beginn des diplomatischen Austausches vor 60 Jahren sowie an den Unabhängigkeitstag des Staates Israel am 14. Mai 1948.

Bereits 1954 sei vom Landtag Nordrhein-Westfalen ein Impuls der Aussöhnung ausgegangen, sagte André Kuper, der Präsident des Landtags: „Der jüdische Rabbiner und Gelehrte Leo Baeck

sprach im Ständehaus: Es war die erste öffentliche Rede eines Holocaustüberlebenden vor einem deutschen Parlament.“ Elf Jahre später, am 12. Mai 1965, hätten Israel und Deutschland diplomatische Beziehungen aufgenommen. Kuper: „Wir sind uns bewusst, dass die Aussöhnung bis heute schwere Beziehungsarbeit ist. Wir haben uns der Freiheit und der Demokratie verschrieben. Wir sind dem Frieden verpflichtet. Auch der Schatten der aktuellen Herausforderungen darf nicht die Freude trüben, dass die Aus-

söhnung zu einer echten Freundschaft geworden ist. Wir empfinden für sie eine tiefe Dankbarkeit.“

Ministerpräsident Hendrik Wüst sagte: „Seit über 60 Jahren pflegt Nordrhein-Westfalen eine besondere Beziehung zu Israel und seinen Menschen, die auf der historischen Verantwortung aller Deutschen beruht und durch jede unserer Landesregierungen vertieft werden konnte.“ Und weiter: „Wir sind dankbar für die Jüdinnen und Juden, die Nordrhein-Westfalen heute als ihre Heimat empfinden. Wir sind dankbar, dass nach den beispiellosen Verbrechen der Shoa Versöhnung und Zusammenleben überhaupt möglich waren.“ Auch in Zukunft wolle man alles dafür tun, dass jüdisches Leben offen und ohne Einschränkungen in Nordrhein-Westfalen stattfinden könne: „Es ist und bleibt unsere Verantwortung, gegen jede Form von Antisemitismus und Juden Hass entschieden vorzugehen. Mein besonderer Dank gilt den vielen Menschen, die sich auf ganz unterschiedliche Art und Weise für die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern einsetzen.“



Prof. Ron Prosor, der Botschafter des Staates Israel, und seine Frau Hadas mit Landtagspräsident André Kuper und Ministerpräsident Hendrik Wüst.

„Echte Freunde geworden“

Prof. Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel, sagte: „Wahre Freundschaft zeigt sich nicht, wenn das Meer ruhig ist und die Sonne scheint, sondern wenn das Schiff im Sturm liegt und die Wellen hochschlagen.“ Nordrhein-Westfalen sei einer der treuesten Begleiter Israels – „ein Freund, der auch bei rauem Seegang fest an unse-

rer Seite steht und mit uns gemeinsam durch schwierige Gewässer steuert“. Ob in Bonn, wo alles begann, oder in den mehr als 30 Städtepartnerschaften von Köln bis Kfar Saba: Nordrhein-Westfalen lebe die Verbindung zu Israel wie kaum ein anderes Bundesland. Prosor: „Diesen besonderen Geist feiern wir mit Stolz, Freude und vor allem: gemeinsam. Deutsche und Israelis verbindet längst mehr als Diplomatie, denn sie sind echte Freunde geworden.“ *red*



Landtag, Landesregierung und Staat Israel feierten gemeinsam den 60. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Fotos: Schälte

Deutschland und Israel - Ausstellung gewährt Einblicke

13. Mai 2025 – Das Foto entstand 1956. Es zeigt Lucie und Leon Reif mit ihren Kindern Eva und Marcel während der Überfahrt von Neapel nach Haifa. Die Mutter war schlesische Katholikin, der Vater polnischer Jude und Holocaust-Überlebender. Zu sehen ist das Schwarz-Weiß-Bild in der Ausstellung „Deutschland. Israel. Einblicke.“

Die Ausstellung wurde im Beisein von Marcel Reif, dem Jungen auf dem Foto, in der Bürgerhalle des Landtags eröffnet. Viele kennen den heute 75-jährigen als Sportkommentator aus dem Fernsehen.

Anlass war ein besonderer Jahrestag. 60 Jahre zuvor, am 12. Mai 1965, hatten die Bundesrepublik Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen. André Kuper, der Präsident des Landtags, sprach von einem „der wichtigsten Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte“. Die Ausstellung begleite das Erinnern und

ordne es ein. Sie eröffne unterschiedliche Perspektiven auf die deutsch-israelische Freundschaft.

Es sei bewegend zu sehen, aus welchen sehr persönlichen Blickwinkeln die Porträtierten auf Israel und die Beziehungen beider Länder blickten, sagte Kuper. So werde deutlich, worauf es in diesen Beziehungen ankomme: auf das menschliche Miteinander, das gegenseitige Kennenlernen junger Generationen und die „fortbestehende Notwendigkeit zu erklären, was die Geschichte der Shoah für Israel und Deutschland, für

die Menschen in beiden Ländern bedeutet“. Die deutsch-israelische Freundschaft umfasse „unverhandelbar den Schutz jüdischen Lebens hierzulande, den Kampf gegen jede Form des Antisemitismus und unsere Solidarität mit dem Staate Israel“.

„Klarer Standpunkt“

Nathanael Liminski (CDU), Minister für Internationales, unterstrich die Worte des Landtagspräsidenten. Nordrhein-Westfalen habe immer einen „klaren Standpunkt“ ver-

treten. Das Land sei „von Anfang an Motor des Austauschs mit Israel“ gewesen. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Verdienste der Zivilgesellschaft hin.

„Dass wir im Jahr 2025 über Antisemitismus in Deutschland reden müssen, ist unfassbar“, sagte Marcel Reif im Gespräch mit Sylvia Löhrmann, der Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur. Reif erzählte von seinem Vater, der über das Erlebte nicht habe sprechen wollen. Von seiner Mutter, die gesprochen habe. Er selbst könne über die Vergangenheit wenig sagen, erklärte der 75-Jährige. Wichtig sei, den Blick auf die Gegenwart und in die Zukunft zu richten. Gedenkveranstaltungen, sagte er, dürften

nicht zur jährlichen Routine werden, die Mahnung „Nie wieder“ nicht zur wohlfeilen Floskel. „Es heißt immer: Wir brauchen ein jüdisches Leben in Deutschland“, sagte Reif. Er wünsche sich kein „jüdisches Leben in Deutschland“, sondern ein „deutsches Le-

ben, in dem jüdisches Leben der normalste Teil der Welt ist“.

Das Schlusswort sprach Derviş Hızarcı, Vorstandsvorsitzender der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus: „Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine Frage der Haltung und Integrität.“ *zab*



Marcel Reif (Mitte) im Gespräch mit Sylvia Löhrmann und Landtagspräsident André Kuper.

Ausstellung

Die Ausstellung wurde von der Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur gemeinsam mit dem Büro des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel realisiert. Kuratorin ist Dr. Alexandra Nocke.

Porträt: Jule Wenzel (Grüne)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Jule Wenzel. Die 34 Jahre alte Duisburgerin ist unter anderem Sprecherin der Grünen-Fraktion im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie in der Enquetekommission „Krisen- und Notfallmanagement“.

Wenn Jule Wenzel an ihre Jugend zurückdenkt, dann erinnert sie sich an eine Zeit der ständigen Krisen: Die Terroranschläge vom 11. September. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima. Die rechtsextremen Brandanschläge in Solingen und Hünxe: „Das alles waren Ereignisse, die mich sehr geprägt und politisiert haben“, sagt die 34-Jährige im Rückblick. Viel Zeit habe sie damals auf Demos verbracht – mit dem jugendlichen Wunsch, die Welt zu verbessern.

Gemeinsam mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern gründete sie in Dinslaken die grüne Jugend – ohne sich vorher groß mit der Partei darüber abzustimmen: „Wir haben das einfach gemacht, die Grünen sind sehr basisdemokratisch, da ging das.“ Schließlich gab es damals in Dinslaken noch keine Jugendorganisation der Grünen, und für Jule Wenzel spiegelten die Themen der Partei am ehesten ihre eigenen wider: „Zu 100 Prozent kann man sich nie mit einer Partei identifizieren – aber da passte schon sehr viel“, sagt sie.

Politik zu organisieren, sei damals noch schwieriger gewesen: In einer Zeit vor TikTok und Instagram verteilte sie vor allem Flugblätter, engagierte sich in der Schülerinnen- und Schülervertretung und organisierte Demonstrationen.

Protest gegen Studiengebühren

Mehr Sicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer wurde zu ihrem ersten Thema: Nachdem ein Jugendlicher bei einem Unfall ums Leben gekommen war, kämpfte sie gemeinsam mit anderen für eine bessere Radinfrastruktur. Später protestierte sie gegen Studiengebühren – auch vor dem Düsseldorfer Landtag, in dem sie seit 2022 als Abgeordnete sitzt.

Soziale Gerechtigkeit ist das Thema, das sie bis heute am stärksten umtreibt – auch aus der eigenen Biografie heraus: „Meine Mutter war alleinerziehend und hat im Schichtdienst gearbeitet. Dass

ich meinen Weg gehen konnte, war nur möglich, weil ich eine gute Schule mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern hatte“, sagt Wenzel. Bis heute gebe es in Deutschland viele Strukturen, die es Kindern aus armen Familien nicht möglich machten, in die Mittelschicht aufzusteigen.

Sich um sozial benachteiligte Menschen zu kümmern, wurde früh zu ihrem Kernthema. Ganz bewusst entschied sie sich für Duisburg, wo sie lebt und sich in vielen Projekten engagiert. „Wir sollten uns alle immer wieder bewusst machen, dass es wahrscheinlicher ist, dass wir auf Sozialeleistungen angewiesen sind, als dass wir Millionäre werden“, so die Abgeordnete. Vor allem Menschen, die einen Bruch in ih-

rer Biografie haben, solle man nicht vergessen, sondern unterstützen, wo es nur geht.

Auch das Thema Obdachlosigkeit hat die sozialpolitische Sprecherin deshalb in den Fokus genommen. Sie hat sich für die landesweite Umsetzung des „Housing First“-Konzepts starkgemacht, das es in Skandinavien bereits seit längerer Zeit gibt. Was sie an ihrer Arbeit in der Landespolitik besonders mag, sei die Nähe, die sie weiter zu den Menschen habe: „Wir können an vielen Stellen ganz konkret das Leben der Menschen verbessern.“ In ihrem Duisburger Wahlkreis hat sie zuletzt einer jungen Frau mit Fluchtgeschichte zu einem Ausbildungsplatz verhelfen können: „Wir haben uns gemeinsam durch den Bürokratie-Dschungel gekämpft – das war mühsam, hat am Ende aber geklappt.“

Mit dem Rad im Grünen

Wenn Jule Wenzel einmal keine Politik macht, sitzt sie am liebsten auf dem Fahrrad – umgeben von ganz viel Grün erinnert sie sich daran, warum sie einmal mit der Politik begonnen hat: um die Welt ein bisschen besser zu machen.

Maike von Galen

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Mich hat „Alles ist erleuchtet“ von Jonathan Safran Foer sehr beeindruckt. Eine Mischung aus Roadtrip in der Ukraine, einer Reflexion des über Generationen hinauswirkenden Traumas der Shoah, aber auch dem Fortbestehen jüdischen Lebens – und das mit einem humorvollen Schreibstil. Ich mag es, auf Reisen mitgenommen zu werden.

Welche Musik hören Sie gerne?

Ich bin mit Grunge und Indie groß geworden, höre aber auch gerne starke Frauen wie Stevie Nicks, Florence and the Machine oder Taylor Swift.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Milch für den Kaffee.

Ihr liebstes Reiseziel?

Am liebsten in den Norden, bei kühlem Wetter und rauer Küste. Irland gefällt mir gut.



Zur Person

Jule Wenzel wurde in Oberhausen geboren und wuchs in Dinslaken auf. Sie ist verheiratet. Nach dem Abitur studierte sie an der Universität Duisburg-Essen anglophone Studien sowie spanische Sprache und Kultur. Von 2013 bis 2015 war sie Vorsitzende der Studierendenvertretung. Nach der Uni hat Jule Wenzel als selbstständige Grafikerin gearbeitet. Seit 2013 ist sie Mitglied der Grünen. Von 2015 bis 2018 war sie Vorsitzende der Grünen Jugend Nordrhein-Westfalen, von 2018 bis 2020 Mitglied im Vorstand des Grünen-Kreisverbandes Duisburg, dessen Vorsitzende sie seit 2020 ist. Seit Juni 2022 ist die 34-jährige Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags.

Informationen zum Verfassungsjubiläum

Zum 75. Jubiläum der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen stellt der Landtag über TaskCards eine digitale Pinnwand bereit. Auf einer Seite übersichtlich zusammengestellt, stehen speziell für Lehrkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie politisch Interessierte Publikationen und didaktische (Unterrichts-)Materialien zum Thema Landesverfassung sowie zum Landtag bereit. Darüber hinaus sind auf einen Blick Veranstaltungshinweise und Informationen zu den vielfältigen Angeboten der politischen Bildung und Programmen des Landtags für junge Bür-

gerinnen und Bürger zu finden. Alle Materialien sowie die Landesverfassung (zusätzlich in Leichter Sprache) stehen auch zum Download bereit. Bei Interesse können die Zugangsdaten zur digitalen Pinnwand unter folgender E-Mail-Adresse angefragt werden: jugend@landtag.nrw.de



Gestorben

- 7.4. **Edmund Feuster** (SPD/70)
MdL 2000 – 2005
- 23.4. **Angela Tillmann** (SPD/68)
MdL 2005 – 2010 und 2016 – 2017
- 30.4. **Ruth Hieronymi** (CDU/77)
MdL 1985 – 1999
- 30.4. **Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg**
(fraktionslos/85) MdL 1980 – 1995
- 4.5. **Horst Sommerfeld** (SPD/94)
MdL 1975 – 1995
- 22.5. **Heinz Voetmann** (CDU/96)
MdL 1975 – 1990

Neue Ausgaben

Anfang Juli erscheint eine Sonderausgabe von Landtag Intern zum Jubiläum „75 Jahre Landesverfassung“. Die nächste reguläre Ausgabe der Parlamentszeitschrift erscheint am Dienstag, 15. Juli 2025. Sie ist ab Freitagnachmittag, 11. Juli 2025, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Dr. Nils Rücker (rüc), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), (0211) 884-2293 (rüc), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), Tobias Havers (FDP), Kris Schnappertz (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 6. Juni 2025, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Toowongsa - stock.adobe.com

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



Der Präsident des Landtags, André Kuper, mit der Künstlerin Jiny Lan im „Artainer“. Marcus Schäfer (r.) konzipierte das Projekt. Fotos: Schälte

Vom Landtag um die Welt

Am Landtag ist ein besonderes Kunstprojekt gestartet worden: Vom Vorplatz aus ging am 5. Mai 2025 die Installation „Artainer: Himmelsfragen“ der international bekannten Künstlerin Jiny Lan auf ihre Reise um die Welt. Lan präsentiert ihre Werke in einem umgebauten Hochseecontainer, der als mobile Galerie konzipiert ist. Ziele sind unter anderem die Metropolen Chongqing, Los Angeles, Shanghai und Sydney. Die Ausstellung von Jiny Lan verbindet Einflüsse aus Ost (China) und West (Europa) und nimmt Bezug auf das mehr als 2.000 Jahre alte chinesische Gedicht „Tianwen“ (Himmelsfragen). Die Werke thematisieren Identität, Gesellschaft und das Menschsein. Das Kunstwerk „Heritage“ aus der Sammlung des Landtags, das den Förderturm der Zeche Zollverein zeigt, begleitet die internationale Tour. Mehr Informationen: www.artainer.net